

Sind wir ein Volk?

Einstellungsmuster und Erwartungshaltungen in Ost- und Westdeutschland seit dem Einigungsjahr



EVERHARD HOLTMANN
Prof. Dr., Forschungsdirektor
am Zentrum für Sozialfor-
schung Halle e.V.



TOBIAS JAECK
Wiss. Mitarbeiter am Zentrum
für Sozialforschung Halle e.V.

Das Suchen nach Sicherheit kennzeichnet ein Grundbedürfnis, das in Ostdeutschland in der Phase des Systemumbruchs und der anschließenden ökonomischen Transformationskrise vorherrschte. Sicherheitsstreben war und ist jedoch auch in Westdeutschland traditionell weit verbreitet. Damit war der Boden bereitet für ein gesamtdeutsch anerkanntes soziales Kulturmuster, in welchem die Traditionslinien des autoritären Wohlfahrtsstaats der DDR und des demokratischen Sozialstaats der Bundesrepublik zusammengeführt wurden. Der Beitrag zeigt beispielhaft, wie sich im Laufe von 25 Jahren in Ost und West bestehende Einstellungen einander angenähert haben.

Aufbruch, Umbruch und Unsicherheit – Erfahrungslagen im Systemwechsel

Euphorie und Aufbruchstimmung waren unmittelbar vor und ebenso zum Zeitpunkt des Vollzugs der deutschen Einheit allgegenwärtig. In Ostdeutschland waren jedoch emotionaler Überschwang und hohe Erwartungen unterlegt mit verbreiteter Unsicherheit darüber, wie sich nach dem Zusammenbruch der DDR die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Osten der Republik entwickeln würden.

Die ökonomisch-soziale Transformationskrise, die sich ab etwa 1991 in den neuen Bundesländern voll entfaltete, ließ innerhalb der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft die Unsicherheit weiter anwachsen. Zwar konnten die *materiell* einschneidenden Folgen für das Gros der Menschen durch staatliche Sozialleistungen und sozialpolitische Maßnahmen weitgehend kompensiert werden, doch Millionen Ostdeutsche fanden sich in den frühen 1990er-Jahren unversehens in einer Position von *materiellen und/oder immateriellen Einigungsverlierern* wieder.

Kennzeichnend hierfür waren in der beruflichen bzw. berufsnahen Sphäre Arbeitslosigkeit oder atypische Beschäftigung, erzwungene Berufs- oder Betriebswechsel, abknickende Karrierepfade und fachliche Dequalifizierung. So entwickelten sich beispielsweise in Ostdeutschland die »Überlebensraten« neuer oder bestehender Beschäftigungsverhältnisse kurzlebiger als im Westen. »Während in Westdeutschland nach vier Jahren noch 22 Prozent der 1993 neu begonnenen und 53 Prozent der 1993 bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnisse existierten, waren

es in Ostdeutschland 18 Prozent respektive 39 Prozent« (KRAUSE u. a. 2012, S. 230).

Insofern überrascht es nicht, dass damals erfahrene elementare Unsicherheit für viele Ostdeutsche bis heute nachwirkt. Die Suche nach Sicherheit genießt in Ostdeutschland nach wie vor hohe Priorität. Werden Ostdeutsche hypothetisch vor die Alternative gestellt, sich *entweder* für »Freiheit« oder für »Sicherheit« zu entscheiden, fällt die Wahl eindeutig aus. In Sachsen-Anhalt zum Beispiel hat »Sicherheit« vor »Freiheit« in Umfragen messbar seit 2007 ziemlich konstant für zwei Drittel der Bevölkerung oder mehr Vorrang (vgl. HOLTSMANN/JAECK/VÖLKL 2014, S. 66 ff.).

Bedürfnis nach Sicherheit – keine exklusiv ostdeutsche Eigenheit

Schon die ersten gesamtdeutschen Bevölkerungsumfragen sprechen eine deutliche Sprache. Im März 1990 gaben annähernd 90 Prozent der Ostdeutschen an, ihnen sei der Leitwert »nach Sicherheit streben« wichtig bzw. sehr wichtig. In Westdeutschland waren es gut 80 Prozent (vgl. HOLTSMANN u. a. 2015, S. 103).

Diese Daten liefern eine doppelte Erkenntnis: Zum einen war in den Monaten des Systemwechsels das Suchen nach Sicherheit in Ostdeutschland stark ausgeprägt. Zum anderen ist ein generalisiertes Sicherheitsbedürfnis kein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal, sondern ebenso in Westdeutschland stabil verankert.

Tabelle 1

Gewünschte sozialstaatliche Intervention anhand ausgewählter Merkmale 1990 bis 1996
(Angaben in Prozent)

	Neue Bundesländer			Alte Bundesländer		
	1990	1991	1996	1990	1991	1996
Vollbeschäftigung						
Staatsverantwortung ja	95	98	92	74	78	74
Staatsverantwortung nein	5	2	8	26	22	26
Gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern						
Staatsverantwortung ja	79	–	68	31	–	27
Staatsverantwortung nein	12	–	15	46	–	50
Unentschieden	9	–	17	23	–	23

Quelle: Eigene Berechnungen nach ROLLER (1999, S. 240)

Gewünschte Reichweite sozialstaatlicher Intervention im Ost-West-Vergleich

Dennoch gibt es aus vergleichender Sicht in diesem Punkt zwischen Ost und West substantielle Unterschiede. In Ostdeutschland gingen die Erwartungen nach sozialpolitischer Abfederung von Lebensrisiken über die in der Bundesrepublik gewachsenen Systeme sozialer Sicherung erheblich hinaus. Umfragen zufolge war in den damals neuen Bundesländern eine Grundüberzeugung, welche dem Staat die Verantwortung nicht nur für die Vorsorge für Alter und Krankheit sowie für die Sicherung des Einkommens in Risikolagen, sondern auch für gleiche Einkommen, Vollbeschäftigung und gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern zuweist, im Vergleich zum westdeutschen Erwartungsniveau außerordentlich weit verbreitet. Im Grundmuster blieb diese Ost-West-Differenz, wenngleich abgeschwächt, bis heute erhalten (vgl. HOLTSMANN u. a. 2015, S. 179).

»Erhaltenswerte Errungenschaften« der DDR

Wie obige Einstellungsdaten dokumentieren, hat im Osten Deutschlands diese ausgeprägte staatsinterventionistische Grunderwartung zwar schon im Laufe der ersten Hälfte der 1990er-Jahre leicht abgenommen, doch hat sich dieser Anspruch nicht erst als eine unmittelbare Reaktion auf die Transformationskrise seit etwa 1991 neu aufgebaut. Eine weit gespannte Staatshilfe wurde vielmehr schon im Einigungsjahr 1990 in Ostdeutschland deshalb wie selbstverständlich reklamiert, weil die Bürger der DDR die staatlich gelenkte und garantierte Vollversorgung im Bereich der Daseinsgrundbedürfnisse seit Jahrzehnten gewohnt waren (vgl. HOLTSMANN u. a. 2015, S. 67 ff.).

Als erhaltenswerte Errungenschaften der DDR wurden im Frühjahr 1990 dann auch am häufigsten deren Kindereinrichtungen (41 %), allgemeine soziale Leistungen (26 %) und Hortbetreuung/Schulspeisung (20 %) genannt (ebd., S. 107). Politisch vorrangig zu lösen waren nach Meinung der Befragten insbesondere die Beseitigung der Umweltschäden, die Sanierung der Wirtschaft, eine leistungsgerechte Entlohnung und höhere Renten, die Sicherung sozialer Leistungen der DDR sowie Verbesserungen im Gesundheitswesen (ebd., S. 108).

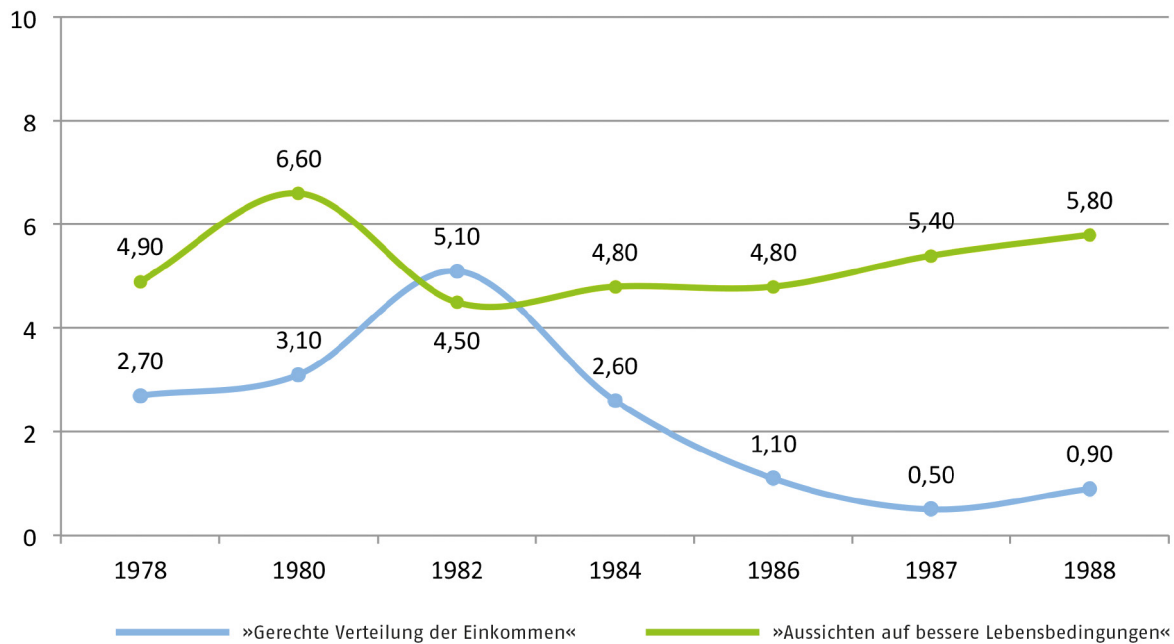
Die Einschmelzung dieser ostdeutschen Versorgungsmentalität in ein *gesamtdeutsches Kulturmuster* stieß im Westteil der Bundesrepublik nicht auf grundsätzliche Widerstände. Im Gegenteil: Die oben dargestellten Daten zeigen, dass auch in Westdeutschland seit jeher ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Konsens dahingehend herrschte, dass es zur Absicherung bestimmter Lebensrisiken und zum Ausgleich sozialer Härten und Mangellagen einer gewissen staatlichen Intervention bedarf. Sozialpolitische Bedürfnisse und Erwartungen, die sich im autoritären Wohlfahrtsstaat der DDR verfestigt hatten, fanden 1990 deshalb größtenteils übergangslos Anschluss an das demokratische und marktwirtschaftlich basierte Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR-Bürger vor 1990

Wie stark in Ostdeutschland schon zu DDR-Zeiten die Grunderwartung sozialer Sicherung verinnerlicht war, veranschaulichen die Befunde jener damals geheimen (und nach 1990 in der Sozialforschung bemerkenswert lange unbeachtet gebliebenen) Stellvertreterumfragen,

Abbildung 1

Systemvergleich: Bundesrepublik – DDR aus Sicht der DDR-Bevölkerung (Stellvertreterbefragungen, 1978 bis 1988)



Erläuterungen: Als Basis dienten alle DDR-Bewohner (Person X), die sich in den Stellvertreterumfragen zum jeweiligen Thema geäußert haben. Ein Wert +10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die Bundesrepublik zu. Der Wert -10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die DDR zu.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 1988; eigene grafische Darstellung.

Design der DDR-Stellvertreterumfragen 1968–1989

Da keine direkten Interviews mit DDR-Bewohnern möglich waren, entwickelte die Infratest Kommunikationsforschung Ende der 1960er-Jahre das Instrument der Stellvertreterforschung, d. h. eine Kombination von teilnehmender Beobachtung, Gruppendiskussionen und indirekter Befragung von bundesdeutschen Besuchern der DDR. Letztere gaben nicht nur ihre eigenen Eindrücke wieder, sondern machten in standardisierter Form Angaben zu einem bestimmten Gesprächspartner in der DDR und dessen Einstellungen (»Person X«). Dabei wurden auch sozialstatistische Merkmale der Personen X mit erhoben. Pro Jahr wurden im Schnitt 1.200 Interviews geführt. Insgesamt waren es rund 27.000. Die Interviews wurden in der Regel in zwei Wellen durchgeführt. Auftraggeber war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen. Die Berichte waren als geheim deklariert; gedruckt wurden jeweils fünf, von denen drei an das Bundeskanzleramt gingen (vgl. ausführlich HOLTSMANN u. a. 2015; HOLTSMANN/KÖHLER 2015).

welche die Infratest-Kommunikationsforschung zwischen 1968 und 1989 für das Bonner gesamtdeutsche Ministerium kontinuierlich durchgeführt hatte (vgl. Kasten). Dem subjektiven Systemvergleich zufolge, den DDR-Bürger seinerzeit vornahmen, war die Bundesrepublik hinsichtlich der allgemeinen Lebensbedingungen, der wirtschaftlichen Lage, bezüglich der Chancengleichheit und sozia-

len Sicherheit sowie weiterer Indikatoren der DDR stets deutlich überlegen (vgl. HOLTSMANN u. a. 2015, S. 89–96). Doch wurden die Verhältnisse in der Bundesrepublik, wie im 1988er-Bericht von Infratest angemerkt wurde, »keineswegs positiv überzeichnet« (ebd., S. 92). Im Fortgang der 1980er-Jahre schwächte sich demnach der Eindruck ab, in Westdeutschland seien die Einkommen gerechter verteilt als in der DDR (vgl. Abb. 1). Dass in jenen Jahren in Westdeutschland die Arbeitslosigkeit zunahm, wurde in der ostdeutschen Bevölkerung sehr wohl registriert. Ein Indiz dafür war die in demselben Jahresbericht erwähnte Beobachtung, dass eine breite Mehrheit von 82 Prozent die Sicherheit der Arbeitsplätze eher in der DDR für garantiert hielt (ebd., S. 92).

Eigeninitiative oder Arbeitsplatzgarantie: Auswege aus beruflicher Unsicherheit?

Als im Mai/Juni 1990 Infratest das methodische Instrument der stellvertretenden Umfragen erstmals gegen eine repräsentative Bevölkerungsumfrage austauschte, erwies sich: Auf der Prioritätenliste der DDR-Bürger standen »vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Themen mit Bezug zur eigenen Lebenssituation« (HOLTSMANN u. a. 2015,

Tabelle 2

Berufliche Erwartungen der DDR-Bevölkerung im Sommer 1990 für die nächsten ein bis zwei Jahre nach der WWSU* (Angaben in Prozent)

Wie wahrscheinlich ist es, ...	Sicher / wahrscheinlich	
	Mai / Juni 1990	Juli / August 1990
dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren?	43	47
dass Sie Ihren jetzigen Beruf aufgeben werden und in einem anderen Beruf neu anfangen?	21	23
dass Sie von sich aus Ihre Arbeitsstelle wechseln werden?	15	18
dass Sie in Ihrem jetzigen Betrieb beruflich aufsteigen werden?	13	15
dass Sie sich in Ihrem Betrieb beruflich verschlechtern?	12	15
dass Sie ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden?	12	6
dass Sie sich selbstständig machen?	10	10
dass Sie Ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend aufgeben?	9	11

* WWSU = Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 1990

S. 107). Andererseits war das ostdeutsche Lebensideal nicht ausschließlich konsumtiv und fremdbestimmt. Immerhin bejahten im Einigungsjahr 1990 etwa ebenso viele Ost- wie Westdeutsche, dass »jeder seines Glückes Schmied« sei: Der Aussage, dass das, was man im Leben erreiche, in erster Linie von den eigenen Leistungen und weniger von äußeren Faktoren abhängen, stimmten im März 1990 Ostdeutsche mit rund 70 Prozent kaum weniger häufig zu als Westdeutsche (73 %). Neben das Bekenntnis zu Eigeninitiative und leistungsgestufte Entlohnung trat jedoch der Wunsch, den beruflichen Status quo halten zu können. Zwischen Mai und August 1990 konnte sich konstant überhaupt nur jeder zehnte Ostdeutsche einen Wechsel in berufliche Selbstständigkeit vorstellen (vgl. Infratest Kommunikationsforschung 1990). Mehr als 40 Prozent befürchteten bereits, den Arbeitsplatz zu verlieren (Tab. 2).

Angenäherte sozialstaatliche Erwartungsmuster

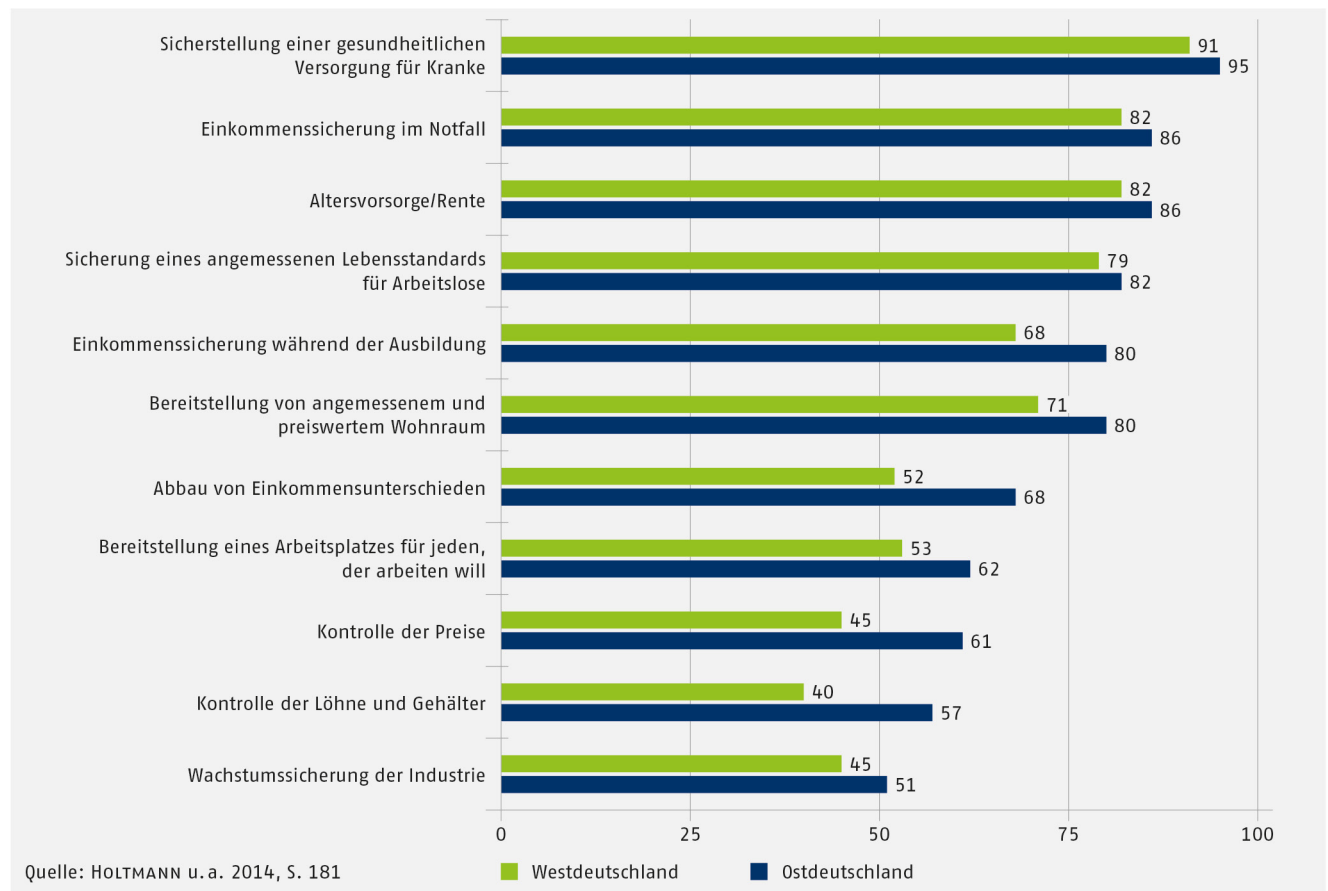
Betrachtet man die persönliche Lebenszufriedenheit der gesamtdeutschen Bevölkerung zum heutigen Zeitpunkt, hat sie ein hohes Niveau erreicht. Im Herbst 2014 bekundeten 83 Prozent der Westdeutschen und mit 76 Prozent nicht viel weniger Ostdeutsche, »alles in allem mit ihrem Leben« zufrieden zu sein. Dabei fallen die Unterschiede nach Alter und Schulabschluss gering aus. Die aktuelle wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands wird naturgemäß weniger vorteilhaft eingeschätzt als diejenige Westdeutschlands: Den Stand der ostdeutschen Wirtschaft stufen 27 Prozent aller Befragten als gut bzw. sehr gut ein; im Vergleich dazu wird die westdeutsche Wirtschaft von 63 Prozent positiv benotet. Dabei äußern Ostdeutsche sich über die Ökonomie in

ihrem Landesteil mit 31 Prozent leicht häufiger positiv als dies westdeutsche Landsleute mit Blick auf Ostdeutschland tun (27 %). Auch die *künftige* wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands wird dortselbst zuversichtlicher gesehen (von 41 % gut bzw. sehr gut) als aus westdeutschem Abstand (36 % gut bis sehr gut). Die *eigene* wirtschaftliche Lage wird von großen Mehrheiten der Bevölkerung in West (71 %) und Ost (65 %) als gut bis sehr gut eingeschätzt. Schließlich sind fast gleich viele Ostdeutsche (57 %) wie Westdeutsche (60 %) der Überzeugung, dass sie gemessen an den Lebensverhältnissen anderer, die in Deutschland leben, »ihren gerechten Anteil« erhalten (sämtliche Daten aus Infratest 2014).

Die Einstellungsdaten lassen darauf schließen, dass die allgemeine Grundstimmung in Ostdeutschland, anders als noch unmittelbar vor der deutschen Einigung und in den frühen 1990er-Jahren, heutzutage deutlich weniger von subjektiv empfundener Unsicherheit geprägt wird. Erhärtet wird dieser Befund stabilisierter Seelenlagen auch dadurch, dass sich die ost- und westdeutschen Erwartungsmuster wohlfahrtsstaatlicher Intervention mittlerweile erkennbar einander angenähert haben, auch wenn noch immer deutlich mehr Ostdeutsche für staatliche Lohn- und Preiskontrolle sowie eine staatliche Gewährleistung gleicher Einkommen eintreten. Nicht nur plädieren nur um wenige Prozentpunkte differierende, übergroße Mehrheiten in beiden Teilen des Landes dafür, dass die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung bei Krankheit, die Einkommenssicherung im Notfall, die Sicherung der Rente sowie einer angemessenen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in die Verantwortung des Staates fallen. Vielmehr haben sich Ost- und Westdeutsche seit 1990 auch in puncto

Abbildung 2

Staatsverantwortung nach Einschätzung der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland 2014
(Nennungen »Ja, sollte eher in der Verantwortung des Staates liegen«, Angaben in Prozent)



Staatsverantwortung für Vollbeschäftigung, Gleichheit der Einkommen und Lohn- und Preiskontrollen einander annähert (vgl. Abb. 2).

Diese Konvergenz der Einstellungen im geeinten Deutschland lässt sich auch bei explizit politischen Indikatoren nachweisen, wie z. B. der Zustimmung zur Idee der Demokratie oder der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland real existiert (vgl. ausführlich HOLTMANN u. a. 2015). Hierzu hat der in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten erreichte Stand wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konsolidierung gewiss wesentlich beigetragen. In Ostdeutschland dominiert Unsicherheit ersichtlich nicht mehr als ein akutes kollektives Zeitgefühl. Doch wirkt die in den 1990er-Jahren gemachte Erfahrung existenzieller Berufs- und Lebenskrisen im Langzeitgedächtnis vieler bis heute nach und birgt ein latentes Risiko des Rückfalls in überwunden geglaubte Unsicherheit. Diese Disposition macht, wie der zeitweilige Zulauf zu »Pegida« zeigt, anfällig dafür, zur Abwehr und Bewältigung diffuser Ängste ein Protestverhalten zu aktivieren. ◀

Literatur

- HOLTMANN, E. u. a.: Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Abschlussbericht. Berlin 2015
- HOLTMANN, E.; JAECK, T.; VÖLKL, K.: Sachsen-Anhalt-Monitor 2014. Festigung der Demokratie. Halle 2014
- HOLTMANN, E.; KÖHLER, A.: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen. Frankfurt/New York 2015
- INFRATEST: Deutschland 2014. 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Repräsentative Bevölkerungsumfrage 15. September bis 10. Oktober 2014. Tabellenband Deutschland Gesamt. Berlin 2014
- INFRATEST KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG: Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Bewohnern und DDR-Besuchern (I. und II. Welle). Zusammenfassender Bericht, Band 4. Dezember 1988
- INFRATEST KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG: Die DDR nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Eine repräsentative Befragung der DDR-Bevölkerung ab 18 Jahren. München 1990
- KRAUSE, A. u. a.: Generalisierung von Unsicherheit? Transformationen des ost-westdeutschen Arbeitsmarktes. In: BEST, H.; HOLTMANN, E. (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/New York 2012, S. 222–235
- ROLLER, E.: Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozial-kulturellen Wertewandels. In: ELLWEIN, T.; HOLTMANN, E. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Opladen/Wiesbaden 1999, S. 229–246